

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und...

Die halbjährliche Konspiration oder deren Raum kostet 25.— Mk....

Redaktion: Fernsprecher Npl. 4167, 4391, u. 159 97. Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die deutschnationale Mörderpartei

Zu den aufsehenerregenden Enthüllungen des früheren Mitgliedes Claus der Faszi...

Da der deutschnationalen Volkspartei meine bisher veröffentlichten Namen scheinbar noch nicht genügen...

Und zwar werde ich Ihnen einen kleinen Beitrag liefern zu dem Kapitel: „Wibt es in Deutschland Richter, welche Leute, die wegen politischer Delikte von der Staatsanwaltschaft gesucht werden, mit Geld unterstützen?“

Einiger dieser Herren ist der republikanische Landrichter z. D. Krumm, Spandau, Streßowplatz 16a.

Ich meldete mich bei dem Geschäftsführer der deutschnationalen Volkspartei, Oberst von Ruffad, Spandau, Am Damm 2,

dem ich mich als Mitglied der Organisation C vorstellte und legitimierte. Ich fragte wegen Unterstützung an, habe auch gleichzeitig bemerkt, daß ich von der Staatsanwaltschaft gesucht werde.

„Ja, Oberst Ruffad, bin doch kein Helfer der Polizei, daß ich Parteigenossen ausliefer.“

Da Oberst von Ruffad nicht über größere Geldmittel verfügen konnte, sondern dazu die Einwilligung des Vorsitzenden gebraucht — Landrichter Krumm (derselbe war jedoch an diesem Tage nicht in Spandau) —, so gab mir Oberst Ruffad einen Brief und einen kleinen Betrag für diesen Tag.

Wenn es wirklich an dem ist, wie von dem Vorsitzenden der deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister a. D. Hertz, behauptet wird, seine Partei habe mit Verbrechen nichts zu tun, warum tat Herr Oberst von Ruffad nicht seine Pflicht und meldete mich der Polizei, da er doch wußte, wo ich mich an jenem Tag aufhielt, und daß ich in der „Herberge zur Heimat“ schlief.

Diese meine Angaben werde ich jederzeit bei einer Gegenüberstellung mit den oben erwähnten Herren vor einem unparteiischen Gericht wiederholen.

Inwiefern der alte Adel sich an der Unterdrückung politischer Flüchtlinge beteiligt, dazu werden folgende Zeilen zur Information beitragen. Von dem Vorsitzenden der deutschnationalen Volkspartei in Regenwalde (Pommern) wurde ich mit einer Karte zu dem Generalsekretär der Partei, Herrn Major a. D. Schreiber, Stargard (Pommern), geschickt.

Soweit der Brief. Er spricht genug für sich, so daß mir nichts weiter hinzufügen wollen, als die Er-

wartung, daß die Behörden endlich in die Verschwörer- netze fester hineingreifen werden, als das bisher ge- schiehen ist.

Militärische Geheimbündelei der Breslauer Studentenschaft

Die Auflösung des Hochschulringes deutscher Art an der Breslauer Universität folgende interessante Mit- teilungen: Die Auflösung des Hochschulringes deutscher Art an der Breslauer Universität ist erfolgt, weil er zur Teil- nahme an einer militärischen Geheimorganisation aufgefor- dert hat.

Die bisherigen Vernehmungen haben ergeben, daß sie zur Teilnahme an der Geheimorganisation, die sich aus Studenten, Gymnasialisten, Lehrern, darunter Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trug- bundes und der früheren Arbeitsgemeinschaft Ruff- bach zusammenschloß, vom Hochschulring deutscher Art aufgefordert worden sind.

Der verhaftete Student Ruffe hat zugegeben, daß der Kursus vom Hochschulring ausging. Das aufgefunden Material zeigt, daß die Organisation streng militärisch ge- gliedert war. Die Teilnehmer zerfielen in Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, der genau eingeteilte Dienst umfaßte Exerzieren, Ziel- übungen, Geschützdienst, Gewehrreinen, um. Scharf geschossen wurde mit Gewehren und Maschinen- gewehren. Die Herkunft der Waffen und Munition ist noch nicht einwandfrei festgestellt.

Die Bevollmächtigtenwahl im Metallarbeiterverband Biska gewählt.

Unter leider sehr schwacher Beteiligung wurden gestern die Wahlen des Bevollmächtigten des Metallarbeiterver- bandes beendet. Nur wenig über ein Drittel der zur Ber- liner Ortsverwaltung gehörenden Verbandsmitglieder hat an der Wahl teilgenommen.

Aussprechen was ist!

Schutz der Republik! Unter dieser Losung stand die deutsche Politik seit dem Morde an Rathenau. Das Proletariat ist dafür mit mächtigen Kundgebungen auf den Plan getreten. Die drei sozialistischen Ar- beiterparteien und die freigewerkschaftlichen Organisa- tionen der Arbeiter und Angestellten haben gemein- same Forderungen zum Schutze der Republik an Re- gierung und Reichstag gestellt.

Die rechtssozialistische Reichstagsfraktion hatte in der durch den Mord an Rathenau geschaffenen poli- tischen Ausnahmestellung unsere Fraktion aufgefor- dert, mit in die Reichsregierung einzutreten, um die Exekutive zum Schutze der Republik und zur Wahrung der proletarischen Interessen mit in die Hand zu nehmen.

Der aufgetauchte Gedanke, durch völlige Ver- schmelzung der beiden sozialistischen Reichstagsfraktio- nen die bürgerlichen Mittelparteien doch noch zur Re- gierungserweiterung nach links durch unseren Ein- tritt zu zwingen, wurde von unserer Reichstagsfraktion einmütig verworfen. Eine Fraktionsverschmelzung kann nur die Folge einer organisatorischen Parteiver- schmelzung sein.

näre Verrantheit" der USPD, einen solchen Schritt nicht zuzulassen.

Unsere Partei hat in der Ausnahmestituation jedenfalls bewiesen, daß sie die Gemeinsamkeit und Einheitlichkeit der sozialistisch-proletarischen Aktion über alles stellt. Das sozialistische Gesamtproletariat darf sich nicht wieder auseinander manövrieren lassen. Es muß im Gegenteil aus den Ereignissen der letzten Tage die Lehre ziehen, daß es die jetzige Kampfgemeinschaft zu einer dauernden machen muß und die organisatorischen und programmatischen Voraussetzungen dafür in nächster Zeit zu schaffen hat, damit der kommende Herbst beim Wiederzusammentritt des Reichstags bereits eine feste sozialistische Klassenkampfsgemeinschaft vorfindet, die parlamentarisch und außerparlamentarisch als Einheit auftritt und den geschliffenen Massendruck des ganzen sozialistischen deutschen Proletariats hinter ihre Forderungen zu setzen vermag.

Ein merkwürdiges Doppelspiel

Wir lesen in der gestrigen Abendausgabe des „Berliner Tageblattes“ auf der ersten Seite folgendes:

Die Deutsche Volkspartei bekämpft anfänglich ihre ganze Kaitation von der monarchistischen Idee und von dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Und jetzt? Nach drei Jahren hat sie nach und nach einsehen gelernt, daß sie damit nicht weiterkommt, daß es für einen Politiker auf die Dauer unmöglich und unerträglich ist, an harten Dogmen einer überlebten Vergangenheit festzuhalten, wenn das flutende Leben längst darüber hinweggegangen ist. Die Deutsche Volkspartei ist willens, Hand in Hand brüderlich mit der Sozialdemokratie zusammen zu arbeiten, wie sie es heute schon in Preußen und in anderen Ländern tut, und hat erst in diesen Tagen kategorisch, durch ihre höchste Parteiführung, erklären lassen, daß der Wiederaufbau Deutschlands auf unabsehbare Zeit nur auf republikanischer Grundlage möglich ist.

Dagegen war auf der dritten Seite derselben Ausgabe des Tageblattes wie folgt zu lesen:

„In Pommern wird durch die Rechtspreffe sowie durch riesenartige Plakate, namentlich an allen Anhaltspunkten Steintins, ein Aufruf verbreitet, der zu einer „vaterländischen Einheitsfront“ gegen die Sozialdemokratie aufruft und insbesondere ausführt:

„Der an dem Reichsminister Rathenau verübte Mordanschlag, der von allen anständigen Menschen verurteilt wird, hat Folgen schwerster Art gezeitigt. Unter dem scheinbaren Vorwand, die Republik zu schützen, wird die unselige Tat angeschlossen, um weiteste Kreise unseres Volkes politisch zu entziehen, die nicht anderes getan haben, als ihrer Ueberzeugung gemäß die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte zu vertreten.“

Es ist nicht wahr:

Es geht nicht um Monarchie oder Republik. Es geht um Verfassung oder bolschewistische Tyrannei.

Soll das deutsche Volk untergehen in dem blutigen bolschewistischen Diktator oder soll es aufwärts schreiten zu freier verfassungsmäßiger Entwicklung? Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern und Bürger! Euch alle rufen wir auf, die Ihr des Vaterlandes Wohl höher stellt als parteipolitische Verblendung, tretet in eine Reihe zu einem festen Schutzwall der verfassungsmäßigen Rechte! Wir wollen und werden uns nicht entziehen und knechten lassen. Ihr seid härter als Ihr glaubt, wenn Ihr einig seid.“

Dieser Aufruf ist von all den bekannten rechtsradikalen und deutschnationalen Organisationen unterschrieben. Unterzeichnet hat endlich, und das ist besonders bemerkenswert, die Deutsche Volkspartei. Dieselbe Partei also, die im preussischen Landtag die Schutzgebete für die Republik angenommen, weitestgehende Anträge für die Republikanisierung der Verwaltung und Justiz nicht nur akzeptiert, sondern selbst gestellt hat, die im Reichstag an diesen Schutzgebeten mitarbeitete und sich zum Eintritt in eine Arbeitsgemeinschaft mit den republikanischen bürgerlichen Parteien anschickte, diese Partei bekämpft in Pommern die Gebete und Mahnrufen Arm in Arm nicht nur mit Bundesrätern und Abgeordneten, sondern auch mit den sämtlichen monarchistischen Organisationen, sogar mit denen, die wegen ihrer antirepublikanischen Hehe verboten worden sind. Das ist ein skandalöses Doppelspiel, dessen sofortige Aufklärung verlangt werden muß.“

Soweit so gut. Aber das „Berl. Tageblatt“ überschreibt die letzte Nachricht: Ein Doppelspiel. Gewiß ein Doppelspiel, das die Stresemänner schon immer treiben und auch in der alten Nationalliberalen Partei trieben. Das schlimmste ist nur, daß immer noch Leute auf dieses Doppelspiel hineinfallen, auch die Redaktion des „Berliner Tageblattes“. Die Signatur zeigt, ist das „B. T.“ leider immer noch nicht von dem Bahn gehellt, mit der Deutschen Volkspartei „brüderlich“ zusammen zu arbeiten.

Angriffe auf Reichswehrangehörige

Eine Berliner Korrespondenz berichtet von Ueberfällen auf Reichswehrangehörige. In Neurode im Gläber Bergland seien am 28. Juni der General Edelbättel und der Hauptmann Graf Broddorf, die in einem Auto über den Marktplatz fuhren, von Teilnehmern einer dort stattgefundenen Versammlung umringt und der General durch Stöße auf den Kopf verletzt worden. Die beiden Angegriffenen seien gelächelt, als sie aber später erneut den Versuch machten, über den Marktplatz zu gelangen, abermals angegriffen worden. Dem General sei dabei die Uniform völlig zerrissen. Auf dem Bahnhof habe der Bahnhofsvorsteher eine Güterlokomotive vorkahren lassen, mittels deren die beiden Offiziere trotz Verfolgung durch Radfahrer schließlich nach Glas gelangt seien.

Der Vorfall ereignete sich am 28. Juni. Am 24. ist Rathenau ermordet worden. Da bei allen Einsichtigen von vornherein gar kein Zweifel darüber bestehen konnte, daß nationalistische Mörderzentralen, in denen Offiziere des ehemaligen Heeres die Rolle führen, den Mordplan ausgeheckt und den Mord selbst zur Ausführung gebracht haben, ist die Erregung der republikanischen Bevölkerung gegen die Träger der Offiziersuniform begreiflich. Die nationalistiche Presse wird den Vorfall arroh aufbauen und versuchen, die Mißhandlung der Offiziere als ebenso schlimmes Verbrechen hinzustellen wie die Mordtaten nationalistiche Verbrecherbanden. Die Mißhandlungen selbst sind, wenn sie ohne Grund erfolgen, aus sich selbst zu verurteilen. Aber verglichen mit dem Mordbeldentum und der Mordhege der schwarz-weißen Amokläufer, durch deren Blutbandwerk erst der Anlaß zu dem Vorkommnis in Neurode gegeben wurde, sind die Herren sehr allmählich davongekommen. Diese Tatsache wird auch dadurch nicht erschüttert, daß dieselbe Korrespondenz noch

zwei andere Fälle zu berichten weiß, nach denen in Düsseldorf das Büro der Verbindungsstelle der Heeresfriedenskommission „aus schwerster Befähigung“ wurde und in Kassel ein Reichswehr-Gesetzler blutig geschlagen wurde. Wenn die nationalistiche Heidenhöfne sich „an die Arbeit“ machen, pflegt es anders auszuwachen. Nichtsdestoweniger wird jeder mit uns bedauern, wenn Unschuldige für die Taten anderer von in Erregung geratenen Leuten auch nur in Ungelegenheiten ge- seht werden.

Wulle's Mordhege

Die deutschnationalen Mordheger suchen immer neue Opfer, auf die sie ihre satirischen Bravos mit Revolver, Gift und Totschläger dresieren. Wer im bürgerlichen Lager gegen ihr Treiben zu opponieren wagt, wird von ihnen skrupellos auf die Biste der Opfer gesetzt. Sogar der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, ist nunmehr diesem Los verfallen. Wulle denunziert ihn wegen seiner letzten Reichstagsrede frisch drauf los den deutschnationalen Nordhändlern als verruchten Schädling am deutschen Volkslörper, der das deutsche Volk der Entente ausliefert und dessen Beseitigung ein nationales Verdienst sei. In seiner Wochenübersicht vom Sonnabend, den 15. Juli, schreibt dieser deutschvölkische Mordheger wörtlich:

„Nachdem Herr Stresemann es durchgedrückt hat, daß seine Partei die Erklärung abgab, der Wiederaufbau Deutschlands sei nur auf dem Boden der (heutigen) republikanischen Staatsform denkbar, hat er sich und seine Partei endgültig aus der Reihe der Reichsparteien gelöst. Diese Erklärung ist wie jede Erklärung außerordentlich begrüßenswert, wozu ja noch der in diesem Augenblick besonders unerhörte Vorstoß Stresemanns gegen die Völkischen kommt, der ihm nicht vergessen bleiben wird. ... Man klammerte sich an das Wort, daß die Politik die Kunst des Möglichen sei, und so ist es möglich geworden, daß heute Herr Adolf Hoffmann und Herr Stresemann in einer Reihe stehen. Wir begrüßwünschen beide zu dieser Ernüchterung. In Wirklichkeit haben die in der heutigen Koalition vertretenen Richtungen ja auch von Anfang an an dem gleichen Ziele gearbeitet, nämlich an dem Abbau der harten Staatsgewalt und an der Einführung des westlichen Parlamentarismus. Wir erinnern daran, daß Herr Stresemann während des Krieges den Kauf- apfel der preussischen Wahlreform in das Volk geworfen hat, daß Herr Stresemann während des Krieges schon die Einführung des Parlamentarismus forderte. Wir erinnern daran, daß Herr Stresemann in der Zabern-Affäre den Sturm gegen die Armee und die kaiserliche Befehlsgewalt angeführt hat. Wir könnten noch an ein Dutzend andere Dinge erinnern, die Herr Stresemann unter dem Jubel der Herren Erzberger, Scheidemann und Hoffmann in Szene gesetzt hat. Wir werden zu gelegener Zeit und namentlich dann, wenn es Herr Stresemann besonders unangenehm ist, auf alle diese Dinge in der Öffentlichkeit zurückkommen, damit hier endlich Klarheit in der Beurteilung der politischen Persönlichkeit dieses Mannes geschaffen wird. Wir glauben das auch den breiten Massen der Völkischen in der Volkspartei schuldig zu sein, die nach dem Angriff Stresemanns noch einem neuen Halt suchen. Schon die eine Tatsache aber genügt gerade im Hinblick auf den Ausgang des Krieges und auf unsere heutige Lage, daß Herr Stresemann die Einführung einer Verfassung forderte, die zu gleicher Zeit bei allen anderen kriegsführenden Mächten vollkommen ausgeschaltet und durch die schärfste Diktatur ersetzt worden ist. Wir haben unsere Kraft zusehen lassen, die Feinde haben sie zusammengefaßt. Bannerführer in diesem Kampfe aber ist, wir wiederholen es, Herr Dr. Stresemann gewesen.“

Das ist dieselbe Sprache, mit der die Hege gegen Erzberger und Rathenau begann. Wenn dann das Opfer liegt, vergißt Herr Wulle und die Seinen wieder Krokodilstränen, wie bei den Morden an Erzberger und Rathenau. Und diese Wulle'sche Mordhege kann geschehen trotz der angeblichen „Ausnahme“-Verordnungen gegen die deutschnationalen Mörderclubs und Mordheger!

So wenig wie es Erzberger und Rathenau waren, ist Herr Dr. Stresemann politisch „unser Mann“. Das ist für unsere Stellungnahme völlig gleichgültig. Wir verlangen grundsätzlich das Einschreiten gegen die Mordhege, gegen wen sie sich auch richtet. Wie sehr es Wulle lediglich auf persönliche Infamierung ankommt, beweist sein Inverbindungsdrängen Stresemanns mit der Zabern-Affäre und mit Erzberger, Scheidemann und Hoffmann. Zurzeit der Zabern-Affäre gehörte Stresemann dem Reichstag überhaupt nicht an. Erzberger ist bei den Wulle'schen Nordhändlern als „Erzkampf“, Scheidemann als „Landesverräter“ und Hoffmann als „Gottseibeiuns“ hingenommen. Stresemann soll als ihnen „gleichwertig“ und deshalb „abschuhreif“ hingestellt werden. Nicht weniger als ein Mal ist in dem obigen Zitat sein Name genannt. Ein- dringlicher läßt sich die Mordhege kaum betreiben. Und die Verhöhnung der Eberischen Schutzverordnungen auch nicht!

Sie wollen ihre Ruhe haben

(D. E.) Moskau, 17. Juli. Die Moskauer „Pravda“, das Zentralorgan der russischen kommunistischen Partei, weist auf die Notwendigkeit hin, auf der für den August anberaumten Konferenz der KP, die Befestigung der materiellen Lage des „Kommando-Kernbestandes“ der Partei und die Debatte der Parteodisziplin auf die Tagesordnung zu stellen. Selbst in Moskau sei nämlich die „Mobilisation der Kommunisten“ einer ablehnenden und oft sogar feindlichen Haltung begegnet. Von den Parteibeamteten, die häufig von Stadt zu Stadt kommandiert werden müßten, sei vielfach die Antwort erfolgt, man solle sie in Ruhe lassen.

Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft im Berliner Rathaus

Den wackeren bürgerlichen Republikanern ist auch im Berliner Rathaus der Schreck in die Glieder gefahren. Sie halten es für der Weisheit höchstes Ziel gegen die „drohende sozialistische Gefahr“ einen Bürgerklub der „Mittelparteien“ von den Demokraten bis zur Deutschen Volkspartei zu bilden. Wie wir hören, sollen heute darüber bei den Fraktionen der bürgerlichen Parteien Verhandlungen stattfinden. Die Aussichten versprechen recht nett zu werden. Es bleibt nur noch die Frage offen, was dann aus den Parteien werden soll. Die an diesem Bilden von Arbeitsgemeinschaften bisher noch nicht beteiligten sind: den Deutschnationalen und den Kommunisten. Wahrscheinlich werden sie es bei dem bis-

herigen Zustand bewenden lassen, bei dem sie zwar nicht formell aber doch tatsächlich oft genug eine Arbeitsgemeinschaft gebildet haben.

Die Tagung der Internationale

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufene Konferenz zur Beratung der Frage einer Revision des Versailleser Vertrages und des Wiederaufbaus Europas ist, wie die P. P. N. hören, nunmehr endgültig auf Mittwoch in Amsterdam festgesetzt. Auch die deutschen Vertreter werden nach vorläufiger Klärung der innerpolitischen Lage rechtzeitig in Amsterdam eintreffen. Die von der Zweiten Internationale für den 1. Oktober einberufene Konferenz nach Hamburg wird durch die Amsterdamer Konferenz nicht aufgehoben.

Anfall infolge Ueberfalles

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Nieseberg ist am Montag im Reichstag am Eingang zum Sitzungssaal ohnmächtig zusammengebrochen und ins Krankenzimmer des Reichstages gebracht worden, wo sich zunächst unser Genosse Dr. Moros um ihn bemühte. Abgeordneter Nieseberg hatte, wie die P. P. N. hören, am Sonnabend auf der Straße einen Zusammenstoß mit einer ihm gänzlich fremden Gesellschaft von zwei Herren und einer Dame gehabt, die über ihn herfielen und ihn durch Schläge gegen den Kopf erheblich verletzten. Sein Ohnmachtsanfall am Montag war eine Folge der erlittenen, ziemlich schweren Verletzung. Der Ueberfallene kann sich den Ueberfall selbst nur so erklären, daß er das Opfer einer Personenverwechslung geworden sein muß. Irigendwelche politischen Zusammenhänge scheinen nach Lage der Dinge gänzlich ausgeschlossen.

Parteitag der SPD.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beruft den diesjährigen Parteitag auf Sonntag, dem 17. September, nach Augsburg ein. Die vorläufige Tagesordnung enthält außer den geschäftlichen Berichten des Vorstandes, der Kontrollkommission und der Reichstagsfraktion ein Referat „Die Sozialdemokratie im Kampfe um die soziale Stellung der Frau“, ein Referat über die Justizreform und einen Bericht einer Kommission, der die Ausarbeitung eines Gesundheitsprogrammes übertragen wird.

Korsantj bei der Kabinetsbildung

Korsantj ist lieberhaft bemüht, ein neues Kabinett zustande zu bringen. Er hat dabei bereits acht Abjagen erhalten. Wohlwollend soll erklärt haben, daß nicht die Person Korsantj, sondern die mifflungene Vermittlung zwischen den Parteien und die durch die neue Interpretation der kleinen Verfassung erfolgte Einengung der Befugnisse des Staatschefs ihn zu der Mühsalströbung veranlaßt haben. Der Arafauer „Glas“ prophezeit Korsantj's Niederlage. Die neuen Parteien rufen zum geschlossenen Kampf gegen die Reaktion.

Forderungen des Garantiekomitees

(E. P.) Paris, 17. Juli. Obgleich das Garantiekomitee einstimmig der Ansicht ist, daß Deutschland für seine finanziellen Schwierigkeiten selbst verantwortlich ist, glaubt man nicht, daß die Reparationskommission ein abschließendes Verdicten Deutschlands fällen wird, obwohl Poincaré in seiner Unterredung mit Dubois darauf bestand, daß die Kommission ein abschließendes Verdicten Deutschlands fällen soll. — Das Garantiekomitee wird verlangen, daß es etwas höher eingestuft werde als eine Körperschaft, die nur Bücher zu revidieren habe. Frankreich wird diese Forderung als Eröffnung finanzieller Sanktionen aufgreifen. Die deutsche Zahlungseinstellung wird eine besondere Wirkung auf das französische Budget haben, das auf die deutschen Zahlungen eingestellt ist. Die Reparationskommission wird darum ersucht werden, Mittel und Wege zu beraten, damit Frankreich wenigstens seine laufenden Besatzungskosten bezahlt bekommt. Dubois wird zu diesem Zwecke die Anwendung der Bestimmungen des Versailleser Vertrages fordern, wonach die Reparationskommission für die Reparationszahlungen die absolute Priorität vor den inneren deutschen Zahlungen fordert.

Vor dem Ende der Justizkomödie in Moskau

(D. E.) Moskau, 17. Juli 1922. Seit dem 14. Juli hat sich die Beweisführung im Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre dem letzten Punkt der Anklage zugewandt, nämlich den politischen Terrorakten, insbesondere dem Attentat auf Lenin im Jahre 1918. Die Angeklagten der zweiten, inzwischen zu den Kommunisten übergetretenen Gruppe, die zum Teil an den Attentaten mitgewirkt haben, behaupten, die Attentate gegen Lenin, Wolodarski u. a. seien unter Zustimmung des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei und unter direkter Teilnahme einzelner Mitglieder desselben ausgeführt worden, was von diesen bestritten wird. Verschiedene Zeugen haben ausgesagt, daß bereits im Februar 1918 der Terror als Kampfmittel gegen die Bolschewisten vom Zentralkomitee der Sozialrevolutionären Partei durch Mehrheitsbeschluß verworfen worden sei. Der Prozeß nähert sich seinem Ende. Die Beweisaufnahme dürfte nur noch wenige Tage in Anspruch nehmen.

Das Moratorium vor dem englischen Kabinett

London, 17. Juli. Der politische Korrespondent der „Times“ will wissen, daß das englische Kabinett sich morgen mit der Frage eines Moratoriums für Deutschland befassen werde. Man hoffe, einen Plan aufzustellen, der für die Alliierten annehmbar sei und die europäische Wirtschaftslage auf einen festen Grund stelle.

Zwei Mitwisser verhaftet

Kassatt, 17. Juli. Die Gendarmerie verhaftete gestern in Deigheim zwei junge Leute, die für Mitwisser des Mordes an Rathenau gehalten werden. Sie hatten sich durch verschiedene Fragen verdächtig gemacht.

Dr. Simons Reichsgerichtspräsident. Der Reichstag hat, wie die P. P. N. erfahren, in seiner Sitzung am Montag einstimmig beschlossen, den Reichspräsidenten als Reichsgerichtspräsidenten an Stelle des verstorbenen Dr. Delbrück Dr. Simons, dem früheren Reichsaussenminister, vorzuschlagen.

In der Finanzkommission des italienischen Parlamentes wurde festgestellt, daß die Deeresverwaltung eine Armee von mehr als 200 Tausend Mann unterhält, obwohl nur eine solche von 175 Tausend Mann vorgesehen ist.

Die Parteipresse zu der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft

„Leipziger Volkszeitung“: „Wenn irgendein deutscher Arbeiter Zweifel hegen sollte an der Notwendigkeit dieser Entscheidung, dann ist die bürgerliche Presse von links bis rechts die denkbar klarste Erläuterung dazu. Wohl selten seit den Tagen der Revolution haben sich so einschneidende Veränderungen an dem Körper der Massen des deutschen Volkes bemerkbar gemacht, als in dieser Zeit. In geschlossener Bilanz steht die gesamte bürgerliche Presse beieinander und tobt wie besessen, ob der „Eingriffe von außen“, die von Seiten der Gewerkschaftsorganisationen unternommen worden seien, um einmal den Rechtssozialisten das Rückgrat zu steifen, andererseits aber, um den bürgerlichen Parteien zu zeigen, bis hierher und nicht weiter“. Wenn jemals das Wort des alten Hebel Bedeutung hatte, das der Wert oder Unwert eines Beschlusses in der Haltung der Presse unserer Gegner seine beste Erklärung fände, dann zeigt ihr Wüten, wie notwendig das geschlossene Vorgehen der Gewerkschaftler, unserer Partei und des linken Flügels der Rechtssozialisten war. Der Zusammenschluß der beiden Fraktionen war angeht dieser Vorzüge der Schlusslinie, der aus praktischen und taktischen Gründen einzufügen notwendig war.

Wir sind uns klar darüber, daß weite Kreise unserer Genossen diesen Schritt vorläufig nicht zu verstehen vermögen. Aber die „Freiheit“ schrieb in den Tagen des Rathenauer Mordes mit Recht, daß eine große Zeit ein großes Geschlecht erfordere. Bisher haben mit Recht oder Unrecht die Arbeiter ihren Führern den Vorwurf gemacht, daß sie es gewesen seien, die bisher den Zusammenschluß der Arbeiterklasse gegen den Willen der Arbeitenden selbst verhindert haben. Jetzt haben die führenden Häupter der beiden Parteien die Initiative ergriffen und haben einen Beschluß gefaßt, der in seinen Auswirkungen von weittragender Bedeutung sein wird. Der Zusammenschluß der beiden Fraktionen wird den Beginn eines neuen Kapitels in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bedeuten.“

„Der Sozialist“ - Stuttgart: „Dieser Beschluß der beiden Reichstagsfraktionen ist nur die notwendige Folge der politischen Ereignisse. Die Form der Arbeitsgemeinschaft gibt den beiden Parteien die Gelegenheit, in einheitlicher Linie ihre Aktionen zu unternehmen. Ein abgekürztes Verfahren gegenüber der bisherigen Form. Es sind also nicht erst lange Unterhandlungen nötig, wenn es gilt, schnelle Entschlüsse zu fassen. Auf der anderen Seite bietet die Arbeitsgemeinschaft die Garantien für die Selbstständigkeit der Parteien. Es kann keine Rede davon sein, daß sich unsere Partei unter ein Diktat beugt. Hier sprechen Gleichberechtigte miteinander und handeln frei.“

Die SPD. hat auch zu ihrem Teil eingesehen, daß ihre bisherige Politik nicht gerade glücklich war. Ein Gutes hat sie aber gehabt: sie hat gezeigt, daß die Massen der Arbeiter nur eine Lebensfrage haben. Daß mit bürgerlichen Parteien keine entscheidenden Schritte unternommen werden können. Darum wollen wir den Schritt begründen.

Dieser Beschluß zeigt, daß die Verantwortlichen in den Parteien die Kleinlichen Bedenken zurückgestellt haben. Er ist aber zugleich eine Mahnung an die Arbeiterklasse, alles aufzubieten was in ihren Kräften steht, um unsere Reihen zu härten. Die Entscheidung kommt.“

„Volksrecht“, Frankfurt a. M.: „Die bürgerliche Blätter mitteln — die eigene Parteipresse bleibt wie immer ohne rechtzeitige Information —, ist dieser Beschluß in unserer Fraktion gegen eine große Minderheit angenommen worden. Auch wir halten ihn mindestens für sehr verfrüht. Die rechtssozialistische Reichstagsfraktion hat in den letzten Tagen bekundet, daß sie jedem Kampf um wirkliche Sicherungen gegenüber der Reaktion ausweichen will. Mit einer solchen Gesellschaft darf sich unsere Partei nicht verbinden, zu mal die Vermutung sehr nahe liegt, daß die Leitung der SPD. diese „Arbeitsgemeinschaft“ gerade erkrönte, um nichts tun zu müssen! Arbeitsgemeinschaft kann es für uns nur geben mit den auf entscheidende Taten drängenden rechtssozialistischen Arbeitern, nicht mit an politischer Knochenweichung erkrankten Führern!“

„Magdeburger Volkszeitung“: „Dieser Beschluß ist von der allergrößten Tragweite und diktiert von der politischen Situation. Wir sehen ihn aber nicht als ein Mittel an, sondern als ein Mittel mehr, die mörderische Reaktion zu zähmen, als eine Etappe im Kampfe mit dieser. Die Arbeitsgemeinschaft führt zwar die Position der Linken, aber daraus hinaus müssen wir darauf bestehen, daß das Volk befragt wird, ob es sich diese Mordgesellschaft und die heutigen wahnwitzigen Zustände noch länger gefallen lassen will. Durch parlamentarische Aktionen allein lassen sich bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen im Parlament die brennenden Gegenwartsfragen nicht lösen. Die Beratung des Schutzgesetzes für die Republik hat das klar erwiesen. Und in allen Fragen von einschneidender Bedeutung für das Proletariat wird sich dem geschlossenen sozialistischen Block das geschlossene Bürgertum entgegenstellen, einschließlich der Koalitionsbrüder von heute. Darum noch einmal: Benutzt die Kraft, die das Proletariat noch immer für euch bereit hält und dann mit vereinter Kraft vorwärts!“

„Volkszeitung“ - Halle: „Es bedarf kaum der ausdrücklichen Versicherung, daß wir die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der Reichstagsfraktionen der beiden sozialistischen Parteien auch als einen weiteren entscheidenden Schritt einer sich anbahnenden organisatorischen Widervereinigung der bis jetzt getrennt marschierenden Parteien noch besonders begrüßen. Es ist uns eherne Gewißheit: wie die Spaltung der Sozialdemokratie ein von der großen Linie geschichtlicher Entwicklung getragener und unabänderlicher Geschehnis und eine geschichtliche Notwendigkeit war, so wird die Wiedervereinigung der zersplitterten sozialistischen Parteien früher oder später wieder zu einer geschichtlichen Notwendigkeit, weil anders das Proletariat seine große geschichtliche Aufgabe, den Sozialismus zu verwirklichen, überhaupt nicht zu erfüllen vermag! ...“

Für manchen Genossen wird der Schritt noch über-raschender gekommen sein, als bereits der Beschluß der Reichskonferenz. Haben sie schon in ihm eine Ueberwindung der Zustandigkeit der Reichskonferenz und verlannten Einberufung eines außerordentlichen Parteitages, so läßt sich zum Beschluß der Reichskonferenz, der ja von noch weit größerer Tragweite ist, die gleiche Forderung mit nicht minderer Berechtigung erheben. Aber gleichviel: in dem einen wie dem anderen Falle geht es, rasch und ohne Ausschub zu handeln. Man auch in beiden Fällen ein Verbot gegen die strenge Auffassung der Grundzüge der Demokratie vorliegen: die Beschlüsse selbst finden ihre Rechtfertigung als geschichtliche Notwendigkeit. Einigkeit im Handeln gegen die Reaktion! Das ist es, was die Stunde fordert. Die dem Gebot will die sozialistische Arbeitsgemeinschaft zunächst dienen. Ihre elementare Wirkung wird aber viel weiter reichen: sie ist der verheißungsvolle, taikräftige Au-

lana zur Vereinnahmung des deutschen sozialistischen Proletariats in einer — weil stark und mächtigen — unüberwindlichen Einheitspartei!“

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Montag, den 17. Juli.

Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung 1 Uhr 15 Minuten. Das Gesetz über die Ausgabe und Einlösung von Notgeld wird debattiert in allen drei Lesungen angenommen.

Der Gesetzentwurf über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse wird in zweiter Beratung ohne wesentliche Debatte unter Ablehnung aller einschneidenden Abänderungsanträge angenommen.

In der Abstimmung über die von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwürfe zur Abänderung der Erbschaftsteuer werden die Anträge der Koalitionspartei angenommen.

Zweite Beratung des Gesetzes über die Zwangsanleihe

Abg. Helfferich (Dtn.): Die Wirkung der Zwangsanleihe wird letzten Endes eine noch größere Geldentwertung sein. Wir müssen befürchten, daß die Erhebung der Zwangsanleihe nicht weiter bedeutet, als daß wertvolle Teile der deutschen Volkswirtschaft in den Rachen des Molochs Reparation geworfen werden sollen. Wir lehnen die Zwangsanleihe ab.

Abg. Curt Geyer (USP.):

Die sogenannte nationale Opposition mit Herrn Helfferich muß heute schon notgedrungen die Erfolge der bisherigen Reparationspolitik anerkennen; sie versucht allerdings diese Erfolge für sich in Anspruch zu nehmen. (Sehr wahr, links.) Dieser Zwang, die bisherigen Erfolge und das Heranreifen der Situation für weitere Erfolge anzuerkennen zu müssen, tritt in einem Augenblick ein, wo von dieser nationalen Opposition versucht wird, mit den Schlechtesten, mit den unmoralischsten, für Deutschland verderblichsten Mitteln gegen das Gefüge des republikanischen Staatswesens vorzugehen. Trotz aller Warnungen vor der Anwendung einer Zwangsanleihe haben die Verhältnisse jetzt doch zu einer solchen Maßnahme geführt. In den vorübergegangenen Präsidentschaften, in denen in der Geschichte Zwangsanleihen aufgetreten sind, haben wir es zu tun gehabt mit ganz grob zurechtgewerkten, diese Zwangsanleihe jedoch ist fast wie ein Vermögenssteuergesetz durchgearbeitet und nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen Betroffenen differenziert. Diese Durcharbeitung ist allerdings verlustvoll und den Preis einer sehr langen Hinauszögerung einer unbedingt notwendigen finanzpolitischen Maßnahme. Wir haben schon im Frühjahr Vorschläge gemacht, um wenigstens durch eine Vorüberhebung auf die zu leistende Zwangsanleihe der Republik die notwendigen Mittel so schnell wie möglich zuzuführen. Wir haben für diese Vorschläge Gegenliebe nicht gefunden. Die Höhe der Zwangsanleihe ist geschicklich ungenügend, der Zinsfuß nach den Beschlüssen des Ausschusses viel höher, als es in der Absicht der beim Steuerkompromiß beteiligten Parteien gelegen hat. Die Verpflichtung zur Zwangsanleihe ist aufgehoben. Die Zwangsanleihe ist ein letztes Glied in der Kette, die eine Erfassung der Sachwerte vermeiden soll. Deshalb ist sie von den bürgerlichen Parteien als das kleinste Übel gewählt worden. Es ist die oberste Aufgabe eines republikanischen Parlaments, die deutschen Staatsfinanzen so zu gestalten, daß einmal der Kredit der Republik nach außen und innen nicht weiter erschüttert wird und daß die Verwirklichung einer Reform der Staatsfinanzen für die gesamte, namentlich für die arbeitende Bevölkerung der Republik günstig sind. Im Vordergrund der Finanzpolitik unserer Partei steht daher der Abbau der Inflation in Deutschland. Man kann uns nicht mit der Behauptung schrecken, daß die Durchführung dieser Zwangsanleihe das Gespenst des Hungers für die arbeitende Bevölkerung heraufbeschwören wird. Die augenblicklichen Leistungen zur Abdeckung der Verpflichtungen zu Sachleistungen müssen aufgebracht werden. Werden sie nicht aus den Mitteln der Zwangsanleihe aufgebracht werden, dann müssen sie durch vermehrte Notendruck aufgebracht, durch vermehrte Inflation, wovon die Folge abermalige Erhöhung des Preisniveaus sei, was wiederum die Erhöhung des Hungers und der Leiden der arbeitenden Bevölkerung bedeutet. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat im Steueranschluß des Reichstages den Versuch gemacht, die Höhe dieser Zwangsanleihe auf eine Goldmilliarde zu normieren. Leider ist dieser Versuch vergeblich gewesen. Wir stellen denselben Antrag heute im Plenum wieder. Für den Fall der Ablehnung aber beantragen wir, die Höhe der Zwangsanleihe auf 80 Milliarden Papiermark festzusetzen, was der Goldparität nach dem ungefähren Stand der deutschen Valuta in diesen Tagen entspricht. Wir haben ferner Anträge gestellt, die den Zinsfuß nach der Regierungsvorlage wieder herstellen sollen, die das Risiko einer Entwertung der Mark auf den Zeichnungspflichtigen abwälzen wollen. Wir werden diesem Gesetz zustimmen, weil es uns als ein geeignetes finanzpolitisches, wenn auch unzureichendes Mittel erscheint, um der Fortsetzung der Inflation entgegenzuwirken. (Bravo bei den SPD.)

Abg. Hölein (SPD.) erklärt das Gesetz als völlig unzulänglich.

Abg. Curtius (D. Sp.): Wir haben uns entschlossen, den katastrophalen Weg dieser Zwangsanleihe zu beschreiten. In der Abstimmung wird im wesentlichen die Ausschussvorlage angenommen, die eine sehr erhebliche Verschlechterung der Rentenmasse vorliegt.

Die Abänderungen der Einkommensteuer und der Erbschaftsteuer werden gegen die Stimmen der Kommunisten auch in der dritten Lesung angenommen.

Bei der dritten Lesung der Zwangsanleihe stimmen auch die Kommunisten für dieses Gesetz, dagegen stimmen nur die Deutschnationalen.

Bei der Beratung des von den Koalitionsparteien eingebrachten Gesetzentwurfs über die Vereinfachung von Mitteln zum

Schutz der Republik

führt der Abg. Philipp (Dtn.) aus: Diesem Antrag müßte ein Vorabstimmungsbescheid erteilt werden. Die Koalitionsparteien wagen es, einen Entwurf von so einschneidender Bedeutung ohne Begründung vorzulegen. Woher brauchen die Regierungen Mittel? Die schäbliche Regierung hat ihren Ministerialdirektor völlig unbedarft entlassen, trotzdem er nach der Revolution mitgeholfen hat, den Beamtenapparat aufzubauen und sich seine Pflicht getan hat.

Schäblicher Minister Sipinski: Der betreffende Ministerialdirektor, von dem Abg. Philipp gesprochen hat, ist nicht entlassen worden, sondern auf Wartegeld gesetzt. Allerdings ist jetzt gegen ihn ein Disziplinarverfahren auf Entlassung eingeleitet worden. Die schäbliche Regierung behält sich das Recht vor, jeden Beamten zu entlassen, der seine Pflicht nicht tut. (Sehr wahr! links.)

Abg. Müller-Franke (SPD.): Die Koalitionsparteien nahmen an, daß ein solcher Antrag keiner besonderen Begründung bedarf. (Sehr wahr! links.) Wir wollen aber

lokalerweise den Antrag im Haushaltsausschuß beraten lassen.

Reichspolizei und Landeskriminalpolizeibehörden

Bayerischer Gesandter v. Preger: Bayern vermag einen inneren Zusammenhang zwischen diesem Gesetz und den Ergebnissen der letzten Wahlen nicht zu erkennen. Die Bayerische Regierung kann diesem Gesetz auch nicht in der gemilderten Ausschussfassung zustimmen. Es ist nicht gewillt, sich seine Rechte ohne Not schmälern zu lassen.

Abg. Emminger (D. Sp.): Auch ich kann die Not des Reiches zum Erlaß eines solchen Gesetzes nicht anerkennen.

Abg. Läßing (SPD.): Man darf den Entwurf nicht nur durch die bayerische Presse lesen. Der deutschen Polizei fehlt es an fachmännischer und einheitlicher Leitung. Sie ist fast machtlos, da es ihr auch an der notwendigen Ausbildung und Ausrüstung fehlt. Mit der Annahme dieses Gesetzes wird der gewünschte Zweck erreicht werden, in der deutschen Polizei eine wirksame Bekämpfung des gemeinen Verbrechertums heranzuziehen.

Abg. Dell (Str.) spricht sich für den Entwurf aus.

Abg. Karborsch (D. Sp.): Wir können dem Gesetz unsere Zustimmung nicht geben. Wir fürchten die Konsequenzen einer Reichstagsauflösung nicht, aber wir machen auf die innen- und außenpolitischen Folgen aufmerksam.

Abg. Rath-Beser (Dem.): Der Sozialdemokratie haften noch immer die Geirshalen einer 30jährigen Opposition an. Lediglich aus sachlichen Gründen stimmen wir dem Entwurf zu.

Reichsminister des Innern Röber: Wir dürfen uns nicht über Zuständigkeiten streiten, während sich aus der Dese des Volkes Nordbarden bilden, die dem deutschen Reich die Krone abschneiden. Nach dem Rathenau-Mord gab es nirgends einen Kopf, der die Fäden, die zusammenliefen, klar erkennen konnte, da nirgends Material gesammelt war. Wir müssen aus der Zeit der Drohungen heraus, nicht nur aus der Zeit der Drohungen mit dem Generalkreis, sondern auch aus der Zeit der Drohungen mit dem Abfall vom Reich (Sehr gut! links).

Abg. Ged (USP.):

Wir sind diejenigen, die in der Vergangenheit am meisten unter Verfolgungen, unter der Polizei zu leiden hatten. Das Sozialistengesetz, das sich gegen eine rein geistige Bewegung wandte, lieferte uns der Polizei aus. Die damalige Polizei war nach kaiserlichem Muster organisiert, vom Zentralpunkt Berlin aus erstreckte sie sich über das ganze deutsche Reich, ohne daß damals ein Gesetz über eine Reichspolizei bestanden hätte. Bismarck wollte auch noch die Freiheit der Schweiz für uns unmöglich machen. Das deutsche Epitaphium in der Schweiz nahm überhand. Wenn man uns an die Zeiten erinnern will, wo wir Deutsche genannt wurden, die nicht wert waren, den Namen Deutsche zu tragen, so könnten wir ein Kapitel lesen, das nicht gegen uns, sondern für uns sprechen würde. (Sehr wahr! links.) Wir haben gar nichts gegen die Hoheitsrechte Bayerns einzuwenden. Wir gönnen ihnen den Wiesbadener Anzeiger, die Kalbsbären, das Hofbräuhaus und das einzige große Recht: das „Kupprecht“. (Sehr gut! und große Beiterkeit im ganzen Hause.) Aber die Herren aus Bayern sollen doch auch daran denken, daß der Einheitsgedanke gerade von Bayern ausgegangen ist: waren es doch die bayerische und die bairische Krone, die 1871 entgegen den Wünschen Preußens das einheitliche Reich gefordert haben. Wir hätten im November 1918 arktisch aufräumen sollen. Wir hätten damals, als die Kronen auf das Pflaster rollten, auch die Schlagbäume der Länder beseitigen sollen. (Sehr wahr! links.) Dieses Gesetz ist nicht erst notwendig geworden durch die Ermordung Rathenaus, sondern es war schon eine Notwendigkeit, als durch den Mord an unserem Genossen Gareis bekannt wurde, wie der Hase läuft. Es muß allen Ernstes ein neues System eingeführt werden. Wir verlangen die Durchführung des Gesetzentwurfs über eine Reichspolizei, denn die deutsche Republik ist uns tausend mal mehr wert als die überlebten Reservatpatrie des alten blauweißen Staates! (Beifolles Bravo bei der USP.)

Abg. Roosen (SPD.): In diesem Gesetz ist nichts mehr übrig geblieben von der Anwendung gegen die Monarchisten. Gegen Arbeiter ist die Polizei immer gleich mit der Massenhaut dabei, während man die Monarchisten nie laßt.

Abg. Unterleitner (USP.):

Die Hege in Bayern wird nicht so sehr von bayerischen Einheimischen als von norddeutschen Offizieren betrieben, die in Bayern ihr Ziel aufgeschlagen haben. Wir haben in München einen Hegepolizei gegen das Reich, der nicht einmal Deutscher ist, der sich aber bei den maßgebenden Instanzen wie der Münchener Polizei einer sehr hohen Achtung erfreut. Dieser Fische vertritt die Interessen Bayerns gegen das Reich. Wir begrüßen es, daß endlich einmal vom Reich aus ernst gemacht wird gegen die Wüsterhände Bayerns. Bayern ist der Schlupfwinkel aller Mörderbanden. Das bayerische Volk wird es verstehen und begrüßen, wenn in Boern Ordnung geschaffen wird. Was heute hat man die Mörder des Dienstmädchens Sandmayer und des Abg. Gareis nicht auffinden können. Der bayerische Landtag hat sich durch Polizeiberichte irreführen lassen und die Mörder gedeckt. Dadurch ist in Bayern eine Rechtsunsicherheit geschaffen, die nicht nur die Rechtsbegriffe der Arbeiterschaft, sondern auch die des Bürgertums sehr stark erschüttert hat. Dem Offenburger Staatsanwalt sind bei seinen Ermittlungen der Erzbergermörder in Bayern die größten Schwierigkeiten bereitet worden. Er wurde von der Münchener Polizei bespioniert. Tatsache ist es auch, daß der damalige Polizeipräsident Pöhner, der jetzt eine hohe Stellung in der bayerischen Justiz einnimmt, mit den Mördern von Erzberger telephonisch verkehrt hat, daß er ihre Adresse wußte. Und die Vermutung besteht, daß Herr Pöhner die Mörder Erzbergers gewarnt hat, daß sie rechtzeitig nach Ungarn flüchten konnten. (Beifolles Hört! Hört!) Die Münchener Polizei beschäftigt Beamte, die mit Mörderorganisationen in enger Verbindung stehen. (Hört! Hört!) Dieser Tage fand in München ein Landfriedensbruch-Prozess statt, bei dem festgestellt wurde, daß die Münchener Polizei mit den Nationalsozialisten in Verbindung steht. In den Mitgliederversammlungen der Nationalsozialisten ist offen zum Nord an Rathenau aufgefördert worden, dort sind Pläne ausgearbeitet worden, wie man Bierich und andere Regierungsmitglieder beseitigen kann. Die Münchener Polizei beschäftigt sogar Mitglieder dieser Partei, sie läßt ihre Beamten durch sie im Boxen unterrichten. (Hört! Hört! links.) Es wurde in diesem Prozess festgestellt, daß Münchener Polizeibeamte Anzeigen gegen Nationalsozialisten nicht weitergegeben haben, daß solche Akten überlebt waren, daß ein Wachmeister der Münchener Polizei sich offen auf die Seite der Nationalsozialisten stellte. Ludendorff steht in enger Verbindung zu dem Vorsitzenden des Verbandes nationalsozialistischer Soldaten, er hätte schon längst verhaftet und aus Bayern ausgewiesen werden müssen. Alles das ist der bayerischen Regierung bekannt. Auf die bayerische Polizeidirektion, die so forruet sind, kann sich kein Staat, der auf Ordnung mit Recht hält, verlassen, sondern dem Reich muß weiteste Vollmacht aneben werden, um die Verbrechen, die in Bayern die Polizei mit den Mörderorganisationen ausdeckt, zu verhindern. (Beifolles Bravo! links.)

Der Gesetzentwurf wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in zweiter Lesung erledigt. Schluß: 10 Uhr.

Ja früher . . .!

Von Theobald Tiger.

Das ein Kriminalwachmeister einen sah wie den Dieb, weil er beim Begeisterungs-Kleister „Doch der Kaiser!“ — sitzen blieb; das die Schuhmannsfaust ihn packt bis den armen Kerl verknachte dann ein hohes Amtsgericht — Unterem Kaiser war das nicht.

Das der Landrat den Konzilisten aber schleunigst denunziert, weil er bei den Sozialisten eine Zeitung abonniert; das man ihn dann rausgeschmissen und um die Pension beschummelt wie den schlimmsten Bösewicht — Unterem Kaiser war das nicht.

Heute, was sind das für Zeiten —! Sieh mal bloß die Politik! Schuld an allen Schenkslichkeiten ist doch nur die Republik. Wenn die Kurse unien liegen, wenn die Mädchen Kinder kriegen, wenn ein junges Pferd sich losmacht, wenn sich Frisken in die Hof man! gibt es irgendwo Tumult; Nur die Republik hat schuld. Wie es früher mal gewesen, kriegt du nirgendwo zu lesen. Und der ganze Baden spricht: „Unterem Kaiser gabs das nicht —!“

Der Berliner Ferienverkehr

Eine halbe Million Reisende in den ersten Ferientagen.

Die Klagen über die Verteuerung des Reiseverkehrs — die Eisenbahnfahrpreise sind etwa auf das Dreizehnfache der Friedenssätze erhöht — haben nicht vermocht, den Ferienverkehr einzuschränken; in den ersten Ferientagen, vom 5. bis zum 11. Juli, sind von Berliner Bahnhöfen nicht weniger als 508 820 Reisende abgefertigt worden. Das bedeutet gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres — vom 7. bis 13. Juli 1921 — wurden 431 535 Personen befördert — ein Mehr von 77 285 P. D. Den größten Andrang hatten wieder, wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverwaltung mitteilt, die Fernbahnhöfe der Stadtbahn zu bewältigen, die insgesamt 189 033 Reisende abfertigten, davon allein der Schöneberger Bahnhof 97 112; der Stettiner Bahnhof beförderte in diesen Tagen 103 598 Personen, an seinem verkehrreichsten Tage, am Freitag, den 7. Juli, allein 19 325; es folgte der Anhalter Bahnhof mit 69 480 Reisenden, der Lehrter Bahnhof mit 33 295, der Potsdamer mit 25 186 und der Götter Bahnhöfe mit 24 239 Reisenden. In den 20 Vertretungen des Mitteleuropäischen Reisebüros (M. E. R. B.) wurden allein 51 070 Fahrkarten verkauft, 16 074 mehr als im Vorjahre. Der härteste Reisetag war Sonnabend, der 8. Juli, an dem über 60 000 Reisende Berlin verließen. Um diesen Andrang der Hunderttausende zu bewältigen, stellte die Eisenbahndirektion in den Tagen vom 6. bis zum 10. Juli insgesamt 186 Fernzüge ein, am Sonnabend allein wurden 57 Züge zur Entlastung der sozialplanmäßigen Züge gefahren. Während fast alle Berliner Bahnhöfe eine starke Zunahme des Ferienverkehrs aufzuweisen hatten — der Stettiner Bahnhof allein z. B. 24 023 oder fast 25 v. D. — ging die Zahl der vom Lehrter Bahnhof Abreisenden gegen das Vorjahr um 10 542 oder fast 3 v. D. zurück. Nicht stark war auch die Nachfrage nach den etwa 50 Feriensonderzügen, die im Juli verkehrten. Trotz der vielfach übertriebenen Nachrichten über die Teuerung in Bayern waren gerade die Sonderzüge nach Süddeutschland fast stets in den ersten Tagen des Vorverkaufs voll besetzt, besonders die Züge nach

München. Die Sonderzüge nach Hamburg und Stettin wurden nicht ausverkauft, dagegen mühten nach Königsberg drei neue Sonderzüge eingelegt werden, da die vorgezeichneten zwei Züge der Nachfrage nicht genügten.

Gesetliche Miete erst ab 1. Oktober

Zu der Streitfrage, ob die gesetzliche Miete, wie sie im Mietminderungsgezet in Verbindung mit § 505 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorsehen ist, vom 1. August oder vom 1. Oktober 1922 ab gezahlt werden muß, haben sich die maßgebenden Oberbehörden bisher nicht klar geäußert. Vermittlung ist dadurch entstanden, daß die meisten Großberliner Hausbesitzer ihren Mietern gedruckte Zettel anstellten, wonach sie die gesetzliche Miete schon am 1. August beanspruchten. Im „Grundbesitzer“ hat nun aber der Hausbesitzerbündler Herr Radendorf allen Bundeskollegen empfohlen, in die Druckzettel als Termin für den Beginn der gesetzlichen Miete den 1. Oktober hineinzuschreiben, soweit nicht Mietverträge eine monatliche Kündigungsklausel vereinbart haben. Herr Radendorf hat demnach in diesem Falle die Bedeutung der gesetzlichen Bestimmungen durchaus richtig erkannt. Trotzdem haben die Hausbesitzer auf irgendeine Parole hin diesmal die Empfehlung ihres Bundesvorsitzenden nicht befolgt. Die Mietervertretungen gehen nunmehr dazu über, dem Hauswirt zu erklären, daß sie die unberechtigten Forderungen gesetzlicher Miete vom 1. August nicht anerkennen. Die schriftliche Forderung der Hausbesitzer ist daher mindestens bis zum 1. Oktober, vielleicht sogar überhaupt, rechtsunzulässig. Ebenso haben Zettel, die bei vierteljährlicher Kündigungsklausel den Mietern erst nach dem 4. Juli zugehellt sind, keine Gültigkeit. In diesem Falle wird die bisherige Miete auch noch über den Oktober 1922 hinaus gezahlt. Wo schon vor dem Inkrafttreten des Mietminderungsgezet eine neue Grundmietziffer festgesetzt ist, haben die Hauswirte gewöhnlich keinen neuen schriftlichen Vertrag geschlossen. Die Festsetzung des Mietminderungsgezet bildet also eine Erneuerung bezw. Ergänzung des alten, ja nur formell gekündigten, Mietvertrages. Die Mieter und Mietervertretungen sollen darauf achten, ob, wie es meistens der Fall sein wird, in dem Beschluß des Mietminderungsgezet die einzelnen erhöhten Grundmieten als Jahresbeträge aufgeführt sind. Dann kann der Hauswirt auch hier nicht auf „monatliche Mietberechnung“ berufen.

Ein Pfund Zucker 30 Mark

Die Inflationsscheit, die ohne den Zucker sicher nicht nötig wäre, treibt die Preise immer mehr in die Höhe. Es ist das alte absehbare Spiel: eine Zeitlang ist fast gar kein Zucker zu haben. Händler, die noch billige eingekaufte Vorräte besitzen, halten sie verborgen und warten ab, bis ihre Kunden in höchster Not bereit sind, fünf oder zehn Mark mehr für das Pfund zu zahlen. Natürlich verandelt sich dann der Zucker in Auslandsware. So war es bei der letzten großen Zuckererhebung vor „inem Vierteljahr, als es nach längerer Pause fast nur noch Auslandszucker für 22,50 M. gab. Trotz des hohen Preises wurde sofort gehandelt. Wer zahlungskraftig war und viel andere Ware kaufte, erhielt heimlich auch viel Zucker. Die weniger launischen Kunden mußten froh sein, ein einziges Pfund zu erhalten. Es gab vereinzelt auch ausländische Geschäftleute, die alle Kunden gleichmäßig bedachten und sogar billiger als für 22,50 M. verkauften, aber diese Kleinhändler mußte man mit der Laterne suchen. Gegenwärtig ist die Inflation wieder auf den Höhepunkt gekommen. Die Kleinhändler erklären, daß für sie Zucker nur zum Großhandelspreise von 27 M. zu haben sei und dann für 30 M. verkauft werden müsse. Von den maßgebenden Stellen, die für den stetig frecher betriebenen Zucker mitverantwortlich sind, gilt das Sottwort: „Was geht Ihr der Regierung schuld — Und laßt sie schmähtlich an? — Unschuld ist sie ganz und gar — Sie hat ja — nichts getan!“

Die Wartehallen der Straßenbahn

Wie bereits kurz berichtet, hat die Verkehrsdeputation einen Vertrag zwischen der Berliner Straßenbahn und einem Privatunternehmer ausgemittelt, wonach an zunächst etwa 50 Verkehrspunkten bis zum 1. Oktober 25 Wartehallen zur

Benutzung der Straßenbahnfahrgeäste aufgestellt werden sollen. Zunächst sollen mindestens 5 Hallen, nämlich im Bezirk Alt-Preußn, bis zum 1. April 1923 und mindestens weitere 35 Hallen bis zum 1. Oktober 1923 errichtet werden. Die Wartehallen müssen neben Stehplätzen auch Sitzgelegenheiten für etwa 10 bis 12 Personen bieten und außerdem einen kleinen Raum zum Unterstellen von Gepäckstücken und für einen Straßenbahn-Dienstführer enthalten. Die Wirtschaftlichkeit dieser Wartehallen wird für den Unternehmer dadurch bearbeitet, daß Läden und Fernsprechkablen angebracht werden. In den Läden sollen Gegenstände aller Art verkauft oder anverkauft werden betrieben werden. Nur der Kauf und Verkauf von Alkohol ist unter allen Umständen verboten. Außerdem darf der Unternehmer die Außen- und Innenflächen zur Reflektorenbenutzung. Von den Bruttoeinnahmen hieraus hat er zunächst 40, später 50% an die Straßenbahn abzuführen. Nach den vorgelegten Plänen sollen die Wartehallen in verschiedenen Formen, in jedem Fall aber ansprechend und künstlerisch errichtet werden.

Der Nachfolger Christi und — Rathenaus

Vom Polizeigefängnis am Alexanderplatz aus hat der „neue Heiland“ Louis Daeuffer an den Reichsanwalt einen Brief gerichtet, mit dem er sich um den Posten des Außenministers bewirbt. Das Hirnverbraunte Zeug hat folgenden Wortlaut: „Lieber Freund und quasi — Landsmann! Ich behalte den Inhalt meiner gestrigen Karten an den Reichspräsidenten, Reichstag, Reichsanwalt! Mit Meiner Bewerbung um den Posten eines Außenministers ist es Mir ernst, sehr ernst!!! Im Reich ist kein Mann, der so viel Rückhalt in allen Volksschichten hat und so stark vom Volkswillen getragen ist! Dem Ausland — insonderheit Frankreich gegenüber ist Niemand so geeignet, die Interessen des Reiches zu vertreten, wie es Ich bin!!! Wenn Sie mit mir reden, beweise ich ich es prompt!“ Nun sage noch einer, daß dieser Kerl nicht verrückt ist! Werden uns nun endlich die Psychiater von solcher Gedankenpest erlösen?

Republikanische Straßennamen

Die städtischen Körperschaften haben die Umbenennung der Bismarckstraße in August-Debel-Straße, der Bürgerstraße in Karl-Liebknecht-Straße, der Volkstraße in Walter-Rathenau-Straße zugestimmt. Ferner wurde die Entfernung des Kaiserdenkmals auf dem Marktplatz beschlossen. Damit die Freunde unserer Vater aber nicht zu groß wird, müssen wir bemerken, daß geschah nicht etwa in Berlin, sondern nur in — Eisleben.

Kartoffelpreise, wie sie sein sollen. Die Kommission zur Ermittlung von angemessenen Kartoffelpreisen für die Provinz Brandenburg hat kürzlich für brandenburgische Speisekartoffeln alter Ernte einen Erzeugerpreis (Angemessenheitspreis) von 100 bis 110 Mark pro Zentner ab Erzeuger festgesetzt. Den Kleinhändlern billigt die Preisprüfungsstelle für brandenburgische Kartoffeln alter Ernte jetzt 20 Prozent Verdienst zu.

Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Linie 55 — Herstellungen früherer und späterer Verbindungen zwischen Richterfelde-Süd und Stettiner Bahnhof — sind die folgenden Wagen verkehrsweise eingelegt worden: früh 5.58 Uhr ab Richterfelde-Süd, am Stettiner Bahnhof 7.14 — abends 7.34, 8.34, 9.34 und 10.04, so daß bis 7.04 Viertelstundendienst und dann bis 10.04 halbstündlich durchgehende Verkehrsverbindungen vom Stettiner Bahnhof nach Richterfelde-Süd bestehen. Ferner ist der Betrieb auf der Linie 87 ebenfalls verlängert worden. Anstatt bisher 9.11 fährt jetzt der letzte Wagen 9.48 ab Stettin nach Treptow, von Treptow 11.20 anhalt bisher 10.40, Sonn- und Feiertag ab Stettin 9.52, ab Treptow 11.10.

Mehr Badegelegenheit für Schulkinder. Um den Schulkindern eine größere Badegelegenheit zu verschaffen, werden während der Ferien die Bäderanstalten Fruchtstraße und hinter der Mühlenstr. 50 schon um 10 Uhr vormittags geöffnet.

Reinigungswesen der Stadt Berlin. Am 20. Juli d. J. vormittags, wird die städtische Reiningungsstelle 43 von Berlin-Steglitz nach Berlin-Friedenau, Kaiser-Allee 105 verlegt.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Eine autorisierte Uebersetzung von August Scholz. Copyright 1919 by Ullstein & Co., Berlin.

(111. Fortsetzung.)

21.

Drei Sommer verbrachte ich als „Aufseher“ in der toten Stadt, zwischen den leeren Gebäuden, und hatte achtzugeben, wie die Arbeiter im Herbst die plumpen Jahrmärktständer abtrugen, um sie im Frühjahr wieder aufzubauen.

Mein Prinzipal hielt darauf, daß ich die fünf Rubel, die er mir zahlte, auch reell verdiente. Wurde in einem Laden der Fußboden neu gelegt, so mußte ich auf der ganzen Fläche die Erde eine Elle tief ausheben lassen — die Barfüßler bekamen dafür einen Rubel Tagelohn, ich aber ging leer aus. Während ich nun diese Arbeit beaufsichtigte, konnte ich die Zimmerleute nicht im Auge behalten, und die schraubten in zwischen alle Türschlösser und Klinten los und stahlen, was sich stehlen ließ.

Arbeiter und Unternehmer waren auf gleiche Weise bedacht, mich zu hintergehen und zu mausen, was sie konnten. Sie taten das fast offen, als ob sie sich einer lästigen Pflicht unterzögen, und machten gar nicht viel her, wenn ich sie dabei ertappte.

„Greiferst dich für deine fünf Rubel, als ob du zwanzig bekäme!“ Lächerlich!“ sagten sie gleichmütig. Ich suchte dem Prinzipal nachzuweisen, daß es verfehlt sei, mir allein die Aufsicht zu überlassen; er verteilte auf andere Weise zehn Rubel, während er an mir einen Rubel spare.

„Ach, verstell dich doch nicht!“ sagte er mit einem pfiffigen Blinzeln.

Ich begriff, daß er mich im Verdacht hatte, ich begünstige die Unterschleife, und ich hatte dabei eine Empfindung, die mehr Abscheu als Kränkung war. Das war nun mal die eingeführte Ordnung: alle stahlen, und der Prinzipal hatte nichts dagegen, weil auch er sich gelegentlich an fremdem Gute vergriß.

Wenn er nach dem Jahrmärkt die Läden besichtigte, deren Instandhaltung er übernommen hatte, und einen vergessenen Stawowar, einen Teppich, ein Stück

Ware oder sonst einen vergessenen Gegenstand sah, sagte er lächelnd zu mir:

„Stell' ein Verzeichnis der Sachen auf und bring' sie nach der Handkammer!“

Aus der Handkammer brachte er dann nach seiner Wohnung, was ihm gefiel, ich aber mußte das Verzeichnis immer wieder abändern und umschreiben.

Ich selbst legte keinen Wert auf irgendwelches Eigentum, ich wollte nichts haben, selbst der Besitz von Büchern war mir unangenehm. Ich nannte auch nichts mein eigen als ein kleines Bündchen Beranger und Heines „Buch der Lieder“. Ich wollte mir einen Puschkin kaufen, aber der Preis, den mir der einzige Antiquar der Stadt, ein hüßiger Alter, dafür abverlangte, war mir zu hoch. Die Möbel, Teppiche, Spiegel und was sonst die Wohnung meines Brotherrn anfüllte, waren nicht nach meinem Geschmack und fielen mir durch ihre plumpe, schwere Form und ihren Farben- und Laderuch lästig. Ueberhaupt gefiel mir diese Wohnung, die mir wie ein mit allem möglichen überflüssigen Plunder angefüllter Riesenkoffer vorfam, nicht im geringsten. Und daß der Prinzipal nun gar fremde Sachen herbeischleppte, um diesen Plunder zu mehren, war mir vollends unverständlich. Auch bei Königin Margot war es ja eng, aber dafür doch auch schön gewesen.

Das Leben der Menschen schien mir überhaupt zusammenhanglos und ungerecht, es wies viel zu viel handgreiflichen Widersinn, viel zu viel Torheiten auf. Da bauten wir nun im Herbst die Läden um und wußten doch, daß die Hochflut sie im Frühjahr überschwemmen, die Fußböden aufstreifen und die Türen beschädigen würde. Wenn das Wasser wieder fällt, müssen die feuchten Balken in Fäulnis übergehen. Seit Jahrzehnten wird der Jahrmärkt in jedem Frühjahr überschwemmt, Gebäude und Bürgersteige werden arg mitgenommen, ein gewaltiger Schaden entsteht, und jedermann weiß, daß diese Ueberschwemmungen nicht von selbst aufhören. In jedem Frühjahr vernichtet der Eisgang ganze Dutzende von Barken und sonstigen kleinen Flußfahrzeugen; die Leute aber sühnen nur und bauen neue Fahrzeuge, die der Eisgang wieder vernichtet. Was für ein lächerliches, immer wieder neu in Betrieb tretendes Stampfwerk!

Ich sprach mit Ossip über diese Dinge, und er lachte mich aus:

„Ach, du Älken, wo du nicht überall hinkieckst! Was geht dich denn die Sache an?“ Dann aber fuhr er, nicht ohne Ernst, in seiner launigen Weise fort: „Recht hast du ja, und es kann am Ende nicht schaden, wenn du auf so etwas achtest. Da klagen die Leute zum Beispiel, sie hätten zu wenig Land, und dabei reißt die Wolga in jedem Frühjahr ganze Stücke von den Ufern los und setzt sie als Sandbänke im Flußbett ab. Die andern klagen dann wieder: Die Wolga wird immer flacher! Die Frühjahrüberschwemmungen und die Regengüsse im Sommer höhnen tiefe Schluchten aus — wohin geht die Erde? Alles in den Fluß!“

Er sagt das ganz kalt, ohne Klage, ohne Jörn, als ob's ganz angenehm wäre, diese menschlichen Nöte zu kennen. Aber wenn auch seine Worte mit meinen eigenen Gedanken übereinstimmen, so ist doch die Art, wie er von den Dingen redet, nicht nach meinem Geschmack.

„Oder nimm mal ein anderes Beispiel — die Feuersbrünste . . .“

Kein Sommer verging wohl, in dem nicht jenseits der Wolga die Wälder gebrannt hätten, jedesmal im Juli war der Himmel von trüblichem Rauch umzogen, aus dem die purpurrote, strahlenlose Sonne wie ein krankes Auge auf die Erde niederschautete.

„Die Waldbrände haben nichts zu sagen,“ meinte Ossip, „die Wälder gehören den Gutbesitzern oder dem Staate, der Bauer hat keine Wälder. Wenn die Städte brennen, ist der Schaden auch nicht groß, in den Städten leben die reichen Leute, die man nicht zu bedauern braucht. Aber denk' an die Dörfer und Weiler, die im Sommer abbrennen, hundert werden nicht reichen! Das ist ein Schaden!“

Er lachte still vor sich hin.

Bests ist wohl da, aber aufs Behalten versteht man sich nicht! Schließlich kommt's, nach unser beider Meinung, darauf hinaus, daß der Mensch nicht für sich arbeitet und nicht für die Mutter Erde, sondern für Feuer und Wasser!“

„Und darüber kannst du lachen?“ (Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Schützt den Betriebsrat

Unter diesem Titel brachte die „Deutsche Zeitung“ Nr. 287 vom 28. Juni 1922 eine Notiz der Firma Bergmann, Elektrizitätswerke, Seestraße, in der über Gewerkschaftsautokratie geklagt und behauptet wird, daß einem Mitglied des Betriebsrates zum Besuch von Partei- und Gewerkschaftsversammlungen während der Arbeitszeit der Urlaub verweigert und mit fruchtloser Entlassung gedroht wurde, und daß aus diesem Grunde eine Demonstration von einigen „Gretchen“ vor dem Verwaltungsgebäude stattgefunden hätte, um dem tüchtigen Betriebsratsmitglied die Futterkrippe zu erhalten.

Der Verfasser dieses Berichtes schreit es mit der Wahrheit nicht sehr genau zu nehmen, sonst hätte er eine derartig irreführende, den Tatsachen hochsprachende Behauptung niemals öffentlich aufzustellen gewagt. Der wahre Sachverhalt ist folgender:

Der Vorsitzende des Betriebsrates Hesse ist, wie das sehr häufig der Fall ist, auch Besitzer beim Schlichtungsausschuß am Kaufmannsgericht, ferner Mitglied der Außenhandelsstelle Elektro-Industrie und der Tarifverhandlungskommission des Zentralverbandes der Angestellten. Er hat diese Funktion z. T. schon seit 2-3 Jahren ausgeübt, ohne daß ihm dieserhalb bisher besondere Schwierigkeiten bereitet wurden, was an sich auch für jeden einsichtigen Menschen selbstverständlich sein dürfte. Die Wahlen der Kaufmannsgerichtsbeisitzer sind z. B. öffentlich erfolgt und eine Ablehnung des Amtes nur unter ganz gewissen Voraussetzungen überhaupt möglich. Das müßte auch dem wildgewordenen Juristen Dr. Reichardt bei der Firma Bergmann bekannt sein. Dieser Herr hat nämlich, angeblich im Auftrage der Direktion, Herrn Hesse verboten, seine Besichtigungen weiter auszuüben oder an den Tarifverhandlungen teilzunehmen, und ihm im Falle des Zuwiderhandelns die fruchtlose Entlassung angedroht. Hesse hat also niemals Urlaub zum Besuch von Partei- oder Gewerkschaftsversammlungen während der Arbeitszeit verlangt oder erhalten, sondern lediglich zur Ausübung seiner ehrenamtlichen Besichtigertätigkeit.

Daß die gesamte Betriebsabteilung über dieses unverständliche Verhalten der Firma aufs äußerste empört ist, darf nicht wundernehmen, wenn man die Rette von feindlichen Schlägen kennt, denen Hesse schon seit geraumer Zeit ausgesetzt ist. Dazu kommt ferner, daß die Firma auf ein Schreiben des H. d. A., worin die Zurücknahme der rigiden Maßnahme gefordert wird, nicht geantwortet und der Verband Berliner Metall-Industrieller, dem die Firma angehört, ein Eingreifen abgelehnt hat. Es hat den Anschein, als wenn hier bewußt provoziert werden soll. Also nicht Gewerkschaftsautokratie, sondern rücksichtslose Unternehmerwillkür!

Das Verhalten jenes Herrn Dr. Reichardt erscheint in einem um so eigenwilligeren Lichte, als dieser Herr, der als Rechtsberater bei der Firma tätig ist, sich über jedem Rechtsirrtum geläufige Bestimmungen der Reichsverfassung hinwegzusetzen glaubt. Im übrigen wäre es nicht das erste Mal, daß seine Maßnahmen von der Verfassung wieder rückgängig gemacht werden müßten, da er bereits vor einiger Zeit in ähnlicher Weise gegen den Vorsitzenden des Betriebsrates vorgegangen ist, allerdings mit dem Ergebnis, daß die Firmenleitung seine Handlungsweise nicht gedeckt hat.

Die Angestellten und Arbeiter des Werkes und darüber hinaus der Berliner Metall-Industrie sind nicht gewillt, diese Willkür widerstandslos hinzunehmen. In folgender Resolution, der sich auch die gesamten Funktionäre des „Ausbundes“ angeschlossen haben, kommt dies deutlich zum Ausdruck:

Die am 28. Juni 1922 versammelten Angestellten der Bergmann-Werke (Berliner Werk) nehmen mit Entschiedenheit Kenntnis von den Maßnahmen, welche die Firmenleitung gegen den Betriebs- und Angestelltenratsvorsitzenden, Kollegen Hesse, angehängt hat. Sie verurteilen diese auf das schärfste und verlangen von der Firmenleitung, daß dem Kollegen Hesse nach wie vor die Teilnahme an den Tarifverhandlungen sowie die gesetzlich geregelte Ausübung des Amtes als Besitzer des Kaufmannsgerichts und des Schlichtungsausschusses gestattet wird. Die Angestellten sind bereit, im Einvernehmen mit

den Angestelltenorganisationen alle Mittel anzuwenden, um den Kollegen Hesse in seine alten Rechte wieder einzuführen.

Die Firma Bergmann wird also gut tun, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, sondern zu versuchen, mit der zuständigen Organisation zu einer Verständigung zu kommen.

Mit Speck fängt man Mäuse

Im Anschluß an das vertrauliche Rundschreiben der Brauereien anlässlich der großen Demonstration teilt man auch das eigenartige Verhalten der Schultheiß-Pabenhofen-Brauerei mit. Von zwei verschiedenen Seiten bekamen wir nun Zuschriften, wonach in der Abteilung 2 im Flaschenbierkeller 11 b e r x u d e n von dem Personal verlangt wurden, die auch geleistet wurden. Um die Arbeiter genehmer zu machen, lieber Zeit zu arbeiten, wurde ihnen Brot und Butter verabreicht!

Die Brauereien sind wahrhaftig generös. Am Tage der Demonstration ziehen sie ihnen die paar Stunden vom Lohn ab, um ihnen tags darauf Butter und Brot zu spendieren. Die Belegschaft aller drei Richtungen hat diese Gaben nicht zurückgewiesen.

Ein altes Sprichwort sagt: Mit Speck fängt man Mäuse! Auch Schultheiß-Pabenhofen verfolgte mit jenen „Viebsgaben“ ganz bestimmte Zwecke, die zu durchschauen das betreffende Personal alle Veranlassung gehabt hätte. Vielleicht genügt dieser Hinweis, um das Entwürdigende dieser Vorgehensweise in Zukunft zu durchschauen.

Verbandsstag der Fabrikarbeiter

In der Debatte über den Geschäftsbericht wendet sich gleich der erste Diskussionsredner Koch-Nürth gegen die Tätigkeit des Verbands-Vorstandes, soweit seine Mitarbeit beim ADBB in Frage kommt. Rimmich-Mügel stimmt mit dieser Kritik überein. Escher-Ludwigsbafen richtet seine Kritik ebenfalls gegen den Vorstand, soweit sich dessen Tätigkeit auf die fäulden Kollegen erstreckt. Vor allen Dingen erhebt dieser Redner gegen die Arbeitgemeinschaft scharfe Vorwürfe.

Diesem Redner tritt mit harter Entschiedenheit Schneider-Erfurt entgegen. Er stellt fest, daß der Verband der Fabrikarbeiter doch mit allen Mitteln dafür gesorgt habe, daß der gewerkschaftliche Einfluß zur Geltung kam, daß es aber die Richtung Koenen gewesen ist, die versuchen wollte, den gewerkschaftlichen Einfluß zu unterbinden. Wer die Bewegung in Mitteldeutschland mitgemacht habe, könne die Stellung des Vorredners nicht begreifen. Er könne auch nicht die Anträge bekräftigen, die gestellt worden sind, um dem Vorstand einen Tadel für seine Tätigkeit in den letzten 2 Jahren auszusprechen. Redner zeigt an einigen Beispielen, wie die Arbeit der Organisation zur Lösung der allgemeinen Lage der Arbeiterschaft von unverantwortlicher Seite oft unterbunden wird.

Die weitere Diskussion dreht sich fast ausschließlich um die Frage Arbeitgemeinschaft, Sozialisierung und die 10 Punkte. Die Mehrzahl der Redner, die am ersten Verhandlungsstag zum Wort kamen, wendeten sich gegen die Arbeitgemeinschaft in ihrer heutigen Form. Sie wünschen auch im Interesse des Proletariats

Schnellere Arbeit in der Frage der Sozialisierung

in schnellerer Arbeit in der Frage der Sozialisierung. In diesem weitgehender Übereinstimmung sind sich die Redner darin einig, daß die Kämpfe auf einer breiteren Grundlage gestellt werden müssen, doch finden sich gerade in der letzteren Forderung eine Reihe Diskussionsredner, die vor einer solchen Verbreiterung warnen.

Im Verlauf der Diskussion geht ein Antrag ein, der verlangt, daß in bezug auf die Tarifverträge die V o r s i d u n g von der Arbeitgemeinschaft für notwendig erachtet wird. Der Hauptvorstand soll beauftragt werden, in Zukunft mit den in Betracht kommenden Arbeitgeberverbänden Tarifverträge ohne Mitwirkung der Arbeitgemeinschaft abzuschließen. So noch Tarif-Verträge mit der Arbeitgemeinschaft vorhanden sind, soll der Hauptvorstand unter Wahrung der Interessen der Mitglieder dieses Verhältnisses stehen. Die Arbeitgemeinschaften werden auf ein engeres Gebiet beschränkt, als da sind: Besetzung der wirtschaftlichen Selbstverwaltungsräte, Außenhandelsstellen und des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Darin soll nach dem Antrag der Verbandsstag auch in Zukunft weiter mit der Arbeitgemeinschaft zusammenarbeiten.

Darauf folgten die Schlussworte der Berichterstatter, wobei besonders Vorsitzender Drey die heutige wirtschaftliche

Lage, in der Deutschland lebt, aufroste und mit den Kritikern eine scharfe Abrechnung hielt.

Bei den Abstimmungen wurde zunächst mit 128 gegen 88 Stimmen der Austritt aus der Arbeitgemeinschaft abgelehnt, ebenso mit 90 gegen 106 Stimmen ein Antrag, der die Zusammenarbeit mit den christlichen und östlichen Dunderschen Gewerkschaften abgelehnt wissen wollte. Alle übrigen Anträge, darunter auch die, die der Redaktion einen Tadel aussprechen wollten, wurden gegen ganz geringe Minderheiten abgelehnt. Annahme fand eine Resolution, in der in einer zu engen Verbindung zwischen Tarif- und Arbeitgemeinschaft eine Gefährdung des Arbeitsgedankens erblickt wird, den Austritt aus den Arbeitgemeinschaften so lange nicht für ratsam hält, bis nicht eine andere gezielte Regelung der Besetzung dieser Stellen gebildet ist.

Gegen 10-12 Stimmen wurde der Gesamtvorstand entlassen.

Runmehr trat der Verbandsstag in die Erörterung über den Leipziger Gewerkschaftskongress ein, über den Dollmann-Danzig berichtet.

Angeestellte der Berliner Metallindustrie

Die am Montag, vormittags 11 Uhr, mit dem V. B. M. J. stattgefundenen Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt. — Das Angebot der Arbeitgeber (Verdoppelung des Grundgehalts plus 120 % Zuschlag — das macht 17 1/2 % Erhöhung des Gesamteinkommens) wurde von den Gewerkschaften als Verbesserung angesehen und einstimmig abgelehnt. — Das Reichsarbeitsministerium ist bereits angezogen worden. — Wir bitten unsere Kollegen, sich nicht durch eventuelle Belästigungen des V. B. M. J. irreführen zu lassen. Die Einheitslichkeit in den Betrieben muß unter allen Umständen gewahrt bleiben. — Wir bitten unsere Funktionäre nochmals, restlos zu der am Mittwoch stattfindenden AFA-Funktionärversammlung zu erscheinen. AFA-Bund, Ostkreuz Groß-Berlin.

Sozialistische Proletarier-Jugend. Alle Jugendlichen die im Graphischen Hilfsarbeiterverband sind, werden zu einer dringenden Aussprache am Donnerstag, den 29. Juli, abends 7 1/2 Uhr, bei Baum, Stallstraße 47, eingeladen. Vollzähliges Erscheinen erwartet die Zentrale.

Parteiveranstaltungen

Geschäftsleitungslehre (Bezirksleitung) Mittwoch, den 19. Juli, nachmittags 4 Uhr, Paradies, Breite Straße. Wichtige Tagesordnung. Pünktliches Erscheinen dringend nötig.

Schöneberg-Bezirk. Die Mitgliederversammlung für den Triebener Ortsteil findet erst Mittwoch in 8 Tagen statt.

Dienstag, den 18. Juli.

2. Veranlagungsbezirk, 4. Bezirk, Berlin, Abends 8 Uhr bei Biemer, Köpenicker Straße 58, Jungfernstieg, Aurore und nächste Umgebung.

4. Veranlagungsbezirk, 11., 12., 13. und 14. Bezirk, Abends 8 Uhr Sitzung der Hausarbeit- und Aushilfskommission der Hoffmann, Abeneer Str. 8, Erscheinen aller Genossen dringend notwendig.

7. Bezirk, 1. Abteilung, Die zu heute bei Leuchner einberufene Funktionärversammlung findet umständlicher nicht statt. Die nächste Sitzung wird an dieser Stelle bekanntgegeben.

19. Bezirk, 8. Uhr bei Dierke, Köpenicker Straße 76, Sitzung der Kassenkommission. Jeder Besitzt nach einem Vertreter stellen.

Königsberg-Stadt, Bezirksleiter heute die Sitzung zum Sommerfest beim Genossen Bräse, Preussenerstraße 47, abholen. Für die Bildungscommission Köpenick der Wilhelms-Tempelstraße 12, abholen.

Arbeitgemeinschaft der Kinderkreise, Des. Prenzlauer Berg, Sitzung aller Helfer und Helferinnen abends 7 Uhr Langstr. Straße 61/62, Zimmer 310.

Erschinskander

Dienstag, den 18. Juli.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter (Kunstpapierbranche). Nachmittags 6 1/2 Uhr im Besanngsaal des städtischen Gymnasiums, Unter den Eichen 2/3 (Gede Ballstraße). Bezirksleiter-Vorstellung, Besichtigungs-Erscheinen erwünscht unbedingt. — Geschäftsabend im Saal des Betriebsrats und Betriebskommission der Buchbinderbranche, vormittags 10 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftsbaus, Engelauer 25, wichtige Sitzung. Das Erscheinen aller Genossen ist unbedingt nötig. — Ein- und Ausberufung der Nachmittags 4 1/2 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftsbaus, Engelauer 25, Brandenburger-Kasse, wichtige Sitzung. Bericht von den Primären Verhandlungen.

Im Interesse eines jeden Einzelnen ist unbedingt Erscheinen geboten! — Wilmers, Wappens- und Galanteriebranche, Nachmittags 6 Uhr bei Dierke, Köpenicker Straße 76, Brandenburger-Kasse, gemeinsame Sitzung mit den Seilern und Postseilern, Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Leipziger Transportarbeiter-Verband, Branche: Graph, Genscher, Branche 7, Buchdruckerei, Abends 8 Uhr in der Schulstraße, Stallstraße 47, 54, 56, Gruppenversammlung, Tagesordnung: Bericht von der Sommerabteilung.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Anzeigen- und geschäftlichen Teil: Ludwig Domagala, Berlin. — Druck von Gebrüder & Metzger, W. m. d. G., Berlin, S. B., Mittelstraße 75.

Stimmungsbild aus dem Reichstag

von Janaz Brobel.

Wenn heute im Reichstag ein einigermaßen gescheiter Mensch eine Rede hält, verlassen die Deutsch-Nationalen prompt das Lokal. Die Edelsten der Nation erheben sich von ihren Sitzen und gehen. Es hegelt Rufe: „Heiligung! Jetzt gehen sie!“ — Die deutsch-nationalen Stützen stehen sich hoch, die Mundfalten herunter, sie sind verärgert über so viel schlechte Manieren. . . . Besonders die Frauen wissen sich gar nicht zu lassen vor lauter Bornehmtheit. Dräben ruft einer: „Helferich geht auch!“ — Karlchen, diese Mischung von Affektor und Kellner, dreht sich noch einmal um und winkt frohgemut herüber. Er ist schon wieder oben auf. Und die Sitze der Rechten, wo so viel Gesäße und so wenig Köpfe versammelt sind, bleiben leer.

Was machen diese Leute während des größten Teils der Sitzungen? Ihre Wähler denken, sie hörten zu und nähmen teil — denn dazu sind sie ja gewählt worden. Nein, das tun sie nicht. Was machen sie also —?

Im Wandelgang auf der rechten Seite des Hauses steht eine seitliche Gruppe. In tiefen Sesseln sitzen uralte Frauen, drum herum stehen uralte Männer. Es steht aus wie die Abordnung eines königlich preussischen Armenhauses oder noch besser: wie die Vorstehenden eines Vereins früherer Schloßkassellane. Es sind keine Leute, das steht man. Sie haben alle etwas Gedudetes im Blick, sie stehen gleichsam mit den Augen stumm.

In ihrer Mitte sitzt ein Abgeordneter der Rechten, ein würdiger Mann mit einem großen Rucksack im Gesicht: Er liest den armen Leuten aus einem Schriftstück etwas vor. Die Geschlechter bleiben bekümmert — wahrscheinlich verärgert er sie, verspricht ihnen irgend etwas, das er in der nächsten halben Stunde vergessen hat, weil er laufen muß, wenn Stinnes pfeift. Und dann werden die armen Leute nach Hause gehn.

Aud der Zuschauer steigt sich verwundert: Warum gehen diese Armen zu diesen Leuten —? Wie kann ein vernünftiger Mensch mit fünf gesunden Sinnen zu dieser Partei hingehen diese Partei wählen, die von Großverdienern und Kapitalisten fragt, die während der ganzen Reichstags-Session nur nachsinnt, wie sie deren Rechte halten und erweitern kann?

Zwischen zwei Frühstückstücken wird einmal „warmes Herz fürs Volk“ gespielt — für das Stimmvieh, den Untertan, das Kanonenfutter.

Die armen Leute wackeln jetzt aus dem Reichstag und deklamieren leise und eifrig. Sie sprechen darüber, was ihnen der diese Satte vorgelesen hat.

Arme Leute! Ihr seid die Dummen. Man hat euch betrogen. Geht in euer Landhäutchen zurück oder in euer Altersheim. Und wartet die paar Jahre, die ihr noch zu leben habt, darauf, daß euch der Deutsch-Nationale seine Versprechungen erfüllt. Er wird's nie tun. Er hat keine Zeit. Er muß dem Unternehmer Jugenbergs helfen, er muß Verbände finanzieren, die den „deutschen Geist“ bewahren. (Im Wappen: eine Handgranate).

Die armen Leute! Sie haben auf der falschen Seite des Hauses gestanden.

Volkskunst

Roseberg d'Arguto, ein sehr ernstzunehmender Reformist auf dem Gebiete der Gesangs- und Volkspädagogik, gab einen Kunstabend in der Singakademie. Es wirkten mit: der von ihm geleitete Jugendchor, der dem Schubert-Chor angegliedert ist, dieser selbst und die Damen des Chores Groß-Berlin, drei erwachsene Solisten und zwei junge, etwa zehnjährige Solistinnen. Diese Solistinnen stellten den Höhepunkt des im ganzen sehr erfolgreich verlaufenen Abends dar. Man sah und hörte kleine Künstlerinnen, die Kinderlieder mit einer technischen Feinkaste und mit einem seelischen Anteil vortrugen, wie man sie bei Kindern und gar bei Arbeiterkindern (Hört, hört!) noch niemals gehört hat.

Man denke: diese Kinder traten vor ein großes Publikum, produzierten sich mit starkem und zugleich nativem künstlerischem Bewußtsein, atmeten bewußt, phrasierten, intonierten bewußt, setzten feinfühlig ab und gaben dem Inhalt sein Recht. Wie wirkt ein solches Beispiel auf die übrigen Kinder, — wie kann da einem ganzen Volke mit der Zeit durch Kunst gelosert werden! Auch das Programm war vorzüglich. Alles auf freizeittlichen Inhalt und künstlerische Kultur gestellt.

Bei allem Lob darf wohl auch einiges getadelt werden: die oft recht unaeschtliche und bombastische Propaganda in

Schrift und Wort, die Tempomahme und die Unfreiheit der Dirigierkunst d'Argutos und die Wahl mancher Nummer, die das Können der Ausführenden weit überstieg; im meine einer Nummer etwa wie „Auf den Tod der Nachtigall“ von Mozart. Es genügt nicht, daß man den „Qualischen Sängern“ das Sagen nachahmt, man muß auch so kunstvoll wie sie singen.

Was aber sollen all diese kleinen Einwände des Kritikers vor der wirklichen Tat d'Argutos! Diese wird weiterwirken, und das Proletariat und hoffentlich auch das Kultusministerium wird und soll d'Arguto zu weiterer Arbeit helfen. „Was und not tut?“ fragt d'Arguto in seinen einleitenden Programmworten, und er antwortet: „eine gesunde, kraftvolle, im Wesen des werktätigen Volkes wurzelnde Wechselbeziehung von individualistischer und gemeinschaftlicher Kunst. Eine wissenschaftliche Kunst, die den tragischen Lebensinhalt der nach vollkommener geistiger und sozialer Harmonie strebenden Gleichgesinnten bewußt und gefühlsmäßig organisiert.“ Ja, wahrhaftig, das tut uns neben allem und vielem anderen sehr, sehr not. Der Komponist James Raffkin wirkte als anregender und tüchtiger Begleiter mit.

Münzen des Redus. Dreißig aus der Zeit des berühmten Uderkönigs R r d i s t stammende Münzen, die zu den ersten überhaupt geprägten Goldmünzen gehören, sind von amerikanischen Archäologen in den Ruinen von Sardes, der alten indischen Hauptstadt in Kleinasien gefunden worden. Sie müssen der Zeit zwischen 581 und 546 vor Christi entfallen, also dem Zeitraum von der Thronbesteigung des Krösus bis zur Einnahme seiner Hauptstadt durch die Perser unter Cyrus. Die Münzen, die zur Gattung der Statere gehören, sind außerordentlich gut erhalten, obwohl einige davon längere Zeit im Umlauf gewesen zu sein scheinen. Die Nachricht von dem Fund ist durch den Archäologen an der Universität Columbia, Dr. Leslie Shear, nach den Vereinigten Staaten gebracht worden, der berichtet, daß man die Goldstücke in einem irdenen Gefäß unter den Ruinen eines Grabes entdeckt hat. Er meint, sie seien dort von einem reichen Uder während der vierzehn Tage dauernden Belagerung der Stadt durch Cyrus verborgen worden. Gegenwärtig sind sie im Besitz der Entdecker, da noch keine endgültige Entscheidung über das Eigentumsrecht getroffen ist. Die Ruinen liegen in einem Gebiet, in dem nach dem Vertrag von Sevres Altertümer aus der Hälfte dem Museum in Konstantinopel, zur anderen Hälfte den Kindern gehören sollen.